

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badischer Landtag, 2. Kammer - digitalisiert

Baden / Ständeversammlung

Karlsruhe, 1819 - 1933

Beilagen zur 27. Sitzung (15.02.1906)

urn:nbn:de:bsz:31-28868

Beilage zum Protokoll der 27. öffentlichen Sitzung der zweiten Kammer vom 15. Februar 1906.

Karlsruhe, den 10. Februar 1906.

Der Minister des Innern

An den.

Präsidenten der zweiten Kammer der Landstände,
Herrn Oberbürgermeister Dr. Wilckens.

Den Staatsbeitrag für die Blinden- versorgungsanstalt Freiburg betr.

Euer Hochwohlgeboren

beehre ich mich ergebenst mitzuteilen:

Der Verwaltungsrat der Blindenversorgungsanstalt in Freiburg, für welche schon seit einer Reihe von Jahren ein Staatsbeitrag von jährlich 1000 *M* zu den Kosten ihres Betriebes im Budget unter Titel XI A eingestellt war, hat im verflossenen Spätjahr darum gebeten, es möchte der Beitrag für die kommende Budgetperiode 1906/07 auf 2000 *M* jährlich erhöht werden mit der Begründung, daß die Erstellung eines Neubaus infolge Baufälleigkeit des für die weiblichen Pfleglinge bestimmten Gebäudes außerordentlich dringlich geworden sei und infolgedessen der Anstalt erhebliche Ausgaben bevorstehen, welche — abgesehen von der Erhöhung des Betriebsaufwandes — durch Einzehrung des Kapitalvermögens eine empfindliche Schmälerung der laufenden Anstaltseinnahmen zur Folge haben werden.

Ich hatte geglaubt, mit Rücksicht auf die Finanzlage des Staates dem Wunsche des Verwaltungsrates nicht in vollem Umfange Rechnung tragen zu sollen, und habe deshalb in dem Voranschlag für 1906/07 unter Titel XI § 3 nur einen Beitrag von 1500 *M* für die Anstalt angefordert.

Inzwischen hat aber eine nähere Prüfung des Erweiterungsprojektes ergeben, daß die Baukosten des Neubaus nicht wie früher berechnet, auf 80 000 *M*,

sondern auf etwa 100 000 *M* zu veranschlagen sein werden und daß eine zweckmäßige Gestaltung sich nur durch Erwerb eines anstoßenden Grundstücks, das auf 22 000 *M* zu stehen kommt, ermöglichen läßt. Da somit der Gesamtaufwand für die nötige Erweiterung sich um die Summe von etwa 42 000 *M* erhöhen wird, hat der Verwaltungsrat nunmehr um Erhöhung des Staatsbeitrages auf 4000 *M* — statt der erbetenen 2000 *M* — jährlich dringend gebeten, indem er geltend macht, daß die Anstalt nicht in der Lage sei, die 4½%ige Verzinsung und Amortisierung des berechneten Mehraufwandes aus eigenen Mitteln aufzubringen. Die von mir angeordneten Erhebungen haben die Notwendigkeit des Neubaus in dem geplanten Umfange, sowie auch die Unzulänglichkeit der eigenen Mittel der Anstalt zur Bestreitung aller aus dem Unternehmen erwachsenden Kosten ergeben, weshalb ich die Notwendigkeit der Erhöhung des Staatsbeitrages auf die erbetene Summe von 4000 *M* anerkennen muß, wenn die segensreiche, dem öffentlichen Interesse in hervorragendem Maße dienende Wirksamkeit der Anstalt nicht in Frage gestellt werden soll.

Indem ich ergebenst bemerke, daß das Groß. Ministerium der Finanzen mit Schreiben vom 6. ds. Mts. Nr. 1342 sein Einverständnis mit der Erhöhung des Staatsbeitrages auf jährlich 4000 *M* erklärt hat, bitte ich die weitere geschäftliche Behandlung der Angelegenheit gefälligst veranlassen zu wollen.

Mit vorzüglichster Hochachtung

Schenkel.